

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
Heinz Marx

Homberg (Efze), 12. Juni 2012

### **Widerspruch gegen die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 12.6.2012**

Die Fraktionen von FWG und Bündnis 90/DIE GRÜNEN legen Widerspruch gegen die Einladung und die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 12.6.2012 ein und beantragen die Absetzung des Tagesordnungspunktes 3 "Erwerb der Restflächen Dörnbergkaserne, der Gesamtfläche Ostpreußenkaserne einschließlich Standortschießanlage, Teilfläche des Standortübungsplatzes außerhalb des Vogelschutzgebietes/FFH-Gebietes gemäß Angebot der BImA vom 29.05.2012".

### **Begründung**

Durch das Vorziehen der ursprünglich für Ende des Monats geplanten Sitzung war es für die Stadtverordneten nicht möglich, sich ordnungsgemäß sachkundig zu machen.

Neue Fakten zur Änderung der derzeitigen, in monatelangen Debatten entstandenen Beschlusslage, die Restflächen des Bundeswehrgeländes nicht zu kaufen, wurden erst am 29.5. spät in der Nacht vorgestellt. Der Fachausschuss für Bau-, Planung und Umwelt hat wegen der Kurzfristigkeit nicht getagt, der Haupt- und Finanzausschuss (HAFI) tagt erst kurz vor der Sitzung. Aufgrund des vorgezogenen Sitzungstermins und des vorverlegten Sitzungsbeginns ist es für HAFI-Ausschussmitglieder teilweise nicht möglich an der Sitzung teilzunehmen. Es besteht keine Möglichkeit, sich mit den Beschlussvorlagen der Ausschüsse inhaltlich zu befassen, ein Magistratsbeschluss liegt vor der Sitzung ebenfalls nicht vor, da auch der Magistrat erst kurz vor der Sitzung tagt.

Diese Zeitplanung ist für ehrenamtlich tätige Abgeordnete nicht akzeptabel, insbesondere nicht, wenn grundlegende Entscheidungen gefällt werden sollen. Auf der Tagesordnung steht die schwerwiegende Beschlussfassung über den Ankauf der ehemaligen Kasernen. Es ist eine Zumutung für die Stadtverordneten, Entscheidungen mit weitreichenden finanziellen Auswirkungen fällen zu sollen, ohne die Möglichkeit zu haben, sich auf die Beschlussfassung ausreichend vorzubereiten, sich sachkundig zu machen und ggf. auch externen Sachverstand einzuholen:

- Den Fraktionen liegen keinerlei Informationen über die Angemessenheit des Angebotes der BImA vor.
- Den Fraktionen liegen keinerlei Informationen über den Zustand der Gebäude, die Schadstoff- und Altlastenbelastung vor.
- Es liegt keine detaillierten Berechnung der Folgekosten - insbesondere für die Instandsetzung der Kanäle und Straßen - vor. Eine Überprüfung der angesetzten Kosten ist nicht möglich.
- Eine ernstzunehmende Wirtschaftlichkeitsberechnung als Entscheidungsgrundlage liegt ebenfalls nicht

vor, sondern lediglich eine „knappe“ Finanzplanung, deren Annahmen ungeprüft und teilweise nicht nachvollziehbar sind.

Die vorgelegten Unterlagen reichen für eine Beschlussfassung nicht aus, die Zeit zur unabhängigen Prüfung der Unterlagen war nicht vorhanden. Die Fraktionen von FWG und Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern daher die Absetzung des Tagesordnungspunktes 3 "Erwerb der Restflächen Dörnbergkaserne, der Gesamtfläche Ostpreußenkaserne einschließlich Standortschießanlage, Teilfläche des Standortübungsplatzes außerhalb des Vogelschutzgebietes/FFH-Gebietes gemäß Angebot der BImA vom 29.05.2012".

Darüber hinaus ist nicht nachvollziehbar, warum die Entscheidung ohne Rücksicht auf einen ausreichenden Beratungszeitrahmen „durchgezogen“ werden soll: Die BImA erwartet bis zum 20.8. eine Antwort auf ihr neues Angebot, die Errichtung der PV-Anlage ist ohnehin nicht mehr bis zum 30.6. möglich. Der nächste Stichtag endet 30.9.2012.

Achim Jäger  
Fraktionsvorsitzender FWG

Klaus Bölling  
Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/DIE GRÜNEN